

Der Anker

Gesammelte Artikel des Sozialkunde Leistungskurses Jahrgangsstufe 12

Kurze Information zur Redaktion

Der Sozialkunde Leistungskurs der 12. Jahrgangsstufe hat sich nach dem Vorschlag des Kurslehrers Herrn Schappert entschieden, an dem diesjährigen Wettbewerb der Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) teilzunehmen und hat im Rahmen dessen Recherchen über ein sehr aktuelles Thema, und zwar dem „Rechtspopulismus“ betrieben.

Die Schülerinnen und Schüler des Kurses haben sich aufgrund der Aktualität der Problematik und der einhergehenden Kontroverse für dieses Thema entschieden und im Zuge dessen in Kleingruppen nähere Information zu einzelnen Themengebieten erarbeitet.

Des Weiteren hat eine Gruppenteilnehmerin, um dieses Thema anderen Jugendlichen näher zu bringen, einen Artikel für das Online-Magazin „Q-Rage“ geschrieben, welches eine Redaktion für Schülerinnen und Schüler darstellt, die eine „Schule ohne Rassismus. Schule mit Courage.“ besuchen. Mittels dieses Kommentars können junge Menschen erreicht werden, sodass sich auch diese kritisch mit der Thematik des Rechtspopulismus auseinandersetzen.

Der veröffentlichte Artikel:
<https://qrage.org/rechtspopulismus-wer-wenn-nicht-wir/>



Bild: Rechtspopulismus in Europa

Foto ©: Badische Zeitung/Redaktion

Tweet der AfD Abgeordneten Beatrix von Storch sorgt für Eklat:



Beatrix von Storch
 @Beatrix_vStorch

Vielleicht sollte nächstes mal dann wieder die deutsche NATIONALMANNSCHAFT spielen?
 #GERFRA #DieMannschaft

07.07.16, 23:21

Quelle: Vice.com

Rechtspopulismus: Eine Gefahr für unsere pluralistische Gesellschaft?

In den letzten Jahren wurde der Rechtsruck unserer Gesellschaft immer deutlicher. Doch wie genau kam es dazu? Gibt es eine Hauptursache oder handelt es sich um eine Reihe verketteter Ereignisse?

Die Flüchtlingskrise, welche 2015/16 akut war, lässt sich sicher als Hauptursache festlegen. Hierdurch wurde die Gesellschaft gespalten, was durch die Unzufriedenheit vieler Leute aufgrund Merkels Flüchtlingspolitik nochmals verstärkt wurde. Sozial schwächere Mitbürger bekamen den postfaktischen Eindruck, dass sie aufgrund der Flüchtlinge vergessen werden würden. Rechtspopulistischen Parteien, wie beispielsweise der AfD, gelang es, in den folgenden Jahren, diese Spaltung der Gesellschaft für sich zu nutzen. Zudem erfuhr das Phänomen der Protestwähler durch die Unzufriedenheit mit Merkels Politik und der daraus folgende Politikverdrossenheit einen unerheblichen Zuwachs. Außerdem konnten sie durch ihre populistischen Advancen unsichere und ängstliche Menschen für sich mobilisieren, was sicherlich auch ein ausschlaggebender Faktor war. Nicht zuletzt wuchsen ihre Mitglieder- und Wählerzahlen durch Negativschlagzeilen über Flüchtlinge, wie z.B. nach der Silvesternacht in Köln oder nach diversen terroristisch motivierten Anschlägen. Des Weiteren profitieren Parteien, wie diese, von den immer näher in die Mitte rückenden Parteiwerten.

Kann man also die Flüchtlingskrise, Merkels Politik und deren Folgen als Hauptursachen für den großen Rechtsruck betrachten?

Unserer Meinung nach sind die Flüchtlingskrise und die Verkettung der daraus folgenden Ereignisse die Hauptgründe für den Rechtsruck der letzten Jahre. Wie bereits erwähnt führte dies zu der Verunsicherung der Menschen, welche sie zugänglicher für populistische Parteien, die einfache Lösungen für komplexe Probleme bieten, machte. Diesen Rechtsruck unserer Gesellschaft sollte man aktiv bekämpfen. Dies kann man sowohl durch das Zugehen auf die sozial "Zurückgebliebenen", die sich von der Situation verunsichert und bedroht fühlen, als auch durch präventive Veranstaltungen an Schulen tun. Dadurch könnte man die folgenden Generationen für die Thematik sensibilisieren und somit die Verschlimmerung des Rechtsrucks in den nächsten Jahrzehnten verhindern oder zumindest reduzieren.

Was ist „Links“ und was „Rechts“?

Der Unterschied zwischen Linksextremismus und Rechtsextremismus

Wird das Thema Extremismus in Deutschland angesprochen, kommt einem direkt der Rechtsextremismus in den Sinn. Der Linksextremismus wird hierbei allerdings oft vergessen. Auch wenn die rechte Szene in Deutschland populärer sein mag, gab es in den vergangenen Jahren immer wieder Probleme durch Linksradikale.

Im Rechtsextremismus herrscht die Auffassung vor, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Rechtsextremistische Agitation ist geprägt von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Im Gegensatz zum Rechtsextremismus ist der Linksextremismus nicht gegen Ausländer gerichtet und hat auch nicht den Faschismus und Nationalsozialismus zum Vorbild.

Der Linksextremismus strebt ein kommunistisches oder anarchistisches System an. Geprägt ist er besonders durch die Begriffe „Antikapitalismus“, „Antifaschismus“ und „Antirassismus“. Was beide Randgruppen jedoch vereint, ist die hohe Bereitschaft in politischen Auseinandersetzungen Gewalt gegen außenstehende Personen oder Sachen anzuwenden.

Beispiele rechtsradikaler Vorfälle haben sich gerade seit der Flüchtlingskrise immer häufiger in den Nachrichten vorgefunden. Der Fremdenhass äußert sich hier dann meist durch die Sachbeschädigung verschiedenster Einrichtungen für Flüchtlinge.

Ein aktuelles Beispiel linksradikaler Ausschreitungen, sind Ereignisse, welche sich rund um den G20-Gipfel in Hamburg abgespielt haben. Die Proteste welche sich zuerst friedlich gegen den G20-Gipfel richteten arteten schnell in gewaltsame Proteste aus, bei welchem viele Leute verletzt wurden und ein hoher Sachschaden entstand.

Wie sieht das alles rechtlich denn aus?

Die Rechtlichen Rahmenbedingungen

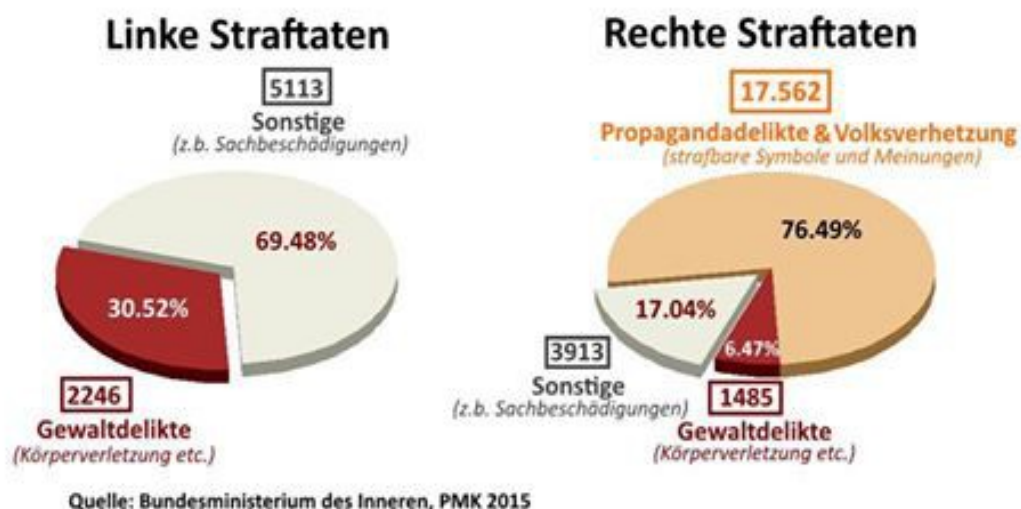
In den Gesetzbüchern der Bundesrepublik Deutschland gibt es einige Gesetze gegen die Rechtspopulisten oder auch Rechtsextreme häufig verstoßen. Darunter ist unter anderem auch der Paragraph 130 Volksverhetzung im Grundgesetz. Dieses Gesetz stellt Menschen unter Strafe, die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstacheln oder Teile der Bevölkerung beschimpfen. Auch Rechtspopulisten, wie zum Beispiel der thüringische Landeschef von der AfD Björn Höcke, wurden schon aufgrund bestimmter Aussagen in ihren Reden wegen Volksverhetzung angezeigt.

Ein weiteres wichtiges Gesetz steht im Grundgesetz Artikel 21 Absatz 2. Das sogenannte Parteienverbot verbietet Parteien, die darauf ausgehen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden. Parteien, deren Ideologie darauf zutrifft können als verfassungswidrig eingestuft werden. Antragsberechtigt für ein solches Verbot sind Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung. Das Bundesverfassungsgericht prüft dann, ob ein Verfahren eröffnet wird. Jedoch zeigt aktuell das NPD Verbotverfahren, dass nicht allein die Verbreitung verfassungsfeindlicher Ideen genügt. Hinzukommen muss eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Im Januar 2017 wurde deswegen das NPD Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht abgelehnt. Begründet wurde es dahingehend von den Richtern, dass die NPD zwar das Ziel verfolgt die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen. Jedoch bestünde keine konkreten gewichtigen Anhaltspunkte die einen Erfolg ihres Handelns derzeit zumindest möglich erscheinen lassen. Die Verfassungsrichter merkten zudem noch an, dass es sehr hohe Hürden für ein Parteienverbot gebe, da es ein schwerwiegender Eingriff in den Prozess der demokratischen Willensbildung sei.

Weitere Gesetze gegen die Rechtspopulisten gerne verstoßen sind Verbreitung von Propagandamaterial (Naziparolen, Nazisymbole etc.), Verunglimpfung des Andersdenkens Verstorbenen(Verleumdung der im Faschismus ermordeten Juden) und Unterstützung von verbotenen Parteien oder Organisationen.

	Linksextremismus	Rechtsextremismus
Angestrebte Staatsformen	Kommunismus, Anarchie	Autoritär geführte Volksgemeinschaft
Menschenbild	Jeder Mensch ist gleich und sollte die gleichen Rechte besitzen	Klare Trennung des Volkes, basiert auf Ungleichheit und Rassentrennung
Gemeinschaftsbild	Die Rechte und Chancen des Einzelnen haben den höchsten Stellenwert	Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum
Medien	Nutzung für die propagandistische Verbreitung von Informationen und Nutzung zur internen, wie auch externen Kommunikation	Nutzung zur Verbreitung von Informationen anhand von Zeitungen, Büchern und Tonträgern. Des Weiteren dient das Internet als wichtiges Kommunikationsmittel
Parteien	MLPD, DKP, (Die Linke). Parlament als Plattform für die Verbreitung ihrer Vorstellungen nutzen	NPD, Die Rechte, Der III. Weg. Zur Propaganda rechtsextremer Inhalte und Initiation öffentlich wirksamer Aktivitäten



https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Nachrichten/Pressemitteilungen/2016/05/pmk-2015.pdf?__blob=publicationFile

Politikermeinung:

Nach einer Interviewanfrage hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Torbjörn Kartes (Wahlkreis Ludwigshafen) einige Fragen zu Thematiken, wie der Flüchtlingskrise, Rechten im Netz und der voranschreitenden Digitalisierung für unsere Redaktion beantwortet.

Redaktion: Wie bewerten sie die Auswirkungen der Flüchtlingspolitik auf das Parteiensystem Deutschland?

Kartes: Die deutsche Flüchtlingspolitik der vergangenen Jahre hat ohne Zweifel Auswirkungen auf das Parteiensystem gehabt. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen, dass wir heute keine rechtspopulistische Partei im Deutschen Bundestag hätten, wenn es nicht zu der unkontrollierten Situation im Jahr 2015 gekommen wäre. Die AfD war, nachdem die Themen Griechenland-Krise und Eurorettung in der öffentlichen Wahrnehmung an Bedeutung verloren hatten, im Begriff, dauerhaft unter die 5-Prozent-Hürde zu fallen. Sie hat dann als klassische Ein-Thema-Partei von Euro-auf Flüchtlingskrise umgesattelt und ist damit bis heute erfolgreicher, als es allen Demokraten lieb sein kann. Ich beobachte im Plenum des Deutschen Bundestags die Veränderung des Parteiensystems mit großer Sorge: Am rechten und am linken Rand unseres Parlaments sitzen in gar nicht geringer Zahl Abgeordnete, die unser freiheitlich-demokratisches, der europäischen Einigung und der Sozialen Marktwirtschaft verschriebenes Deutschland lieber heute als morgen abschaffen möchten. Darauf müssen wir überzeugende politische Antworten finden.

Redaktion: Für wie gefährlich halten sie die Filter-Bubble, welche dafür sorgt, dass viele Menschen in ihrem Weltbild gestärkt werden, und von der öffentlichen Diskussion und dem Meinungsaustausch abgeschnitten werden?

Kartes: Ich erinnere mich noch gut daran, welche aufklärerischen Effekte man sich anfangs vom Internet erhoffte: Alle Informationen jederzeit kostenfrei zugänglich! Es ist schon bemerkenswert, dass die personalisierte Google-Suche und die Algorithmen der sogenannten Sozialen Medien genau den umgekehrten Effekt haben. Die Filterblase ist Realität. Das zeigt auch, dass diese Angebote eben nicht kostenlos sind, sondern dass wir mit der Preisgabe unserer Interessen und oft auch persönlicher Daten dafür bezahlen. Die Politik muss noch viel stärker auf diese Wirkungszusammenhänge hinweisen. Dass es unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen gibt, in denen Einigkeit über bestimmte politische, weltanschauliche oder religiöse Positionen herrscht und die sich mehr oder weniger von anderen abkapseln, das ist aber auch nicht völlig neu. Deshalb rate ich zu mehr Gelassenheit. Unsere Gesellschaft hält ein hohes Maß an Ungleichheit aus. Das Problem sind extremistische Positionen, die unsere Grundordnung gefährden, indem sie zur Gewalt und zum Hass auf andere Menschen aufrufen. Hier gibt es klare Grenzen, auf deren Einhaltung wir im Interesse von Demokratie und Rechtsstaat bestehen müssen. Diese Grenzen gelten auch im Internet.

Redaktion: Sagen wir, sie hätten ein kleines Kind, und dieses würde nun Twitter benutzen. Würden und wenn ja wie würden sie versuchen ihr Kind vor dem Einfluss von Hetze im Netz zu schützen?

Kartes: Mein Sohn ist zwei Jahre alt, insofern ist die Frage nicht sehr hypothetisch. Einmal abgesehen davon, dass er vermutlich nicht mehr mit Twitter, sondern mit ganz anderen digitalen Angeboten konfrontiert sein wird: Ich möchte meinen Sohn so erziehen, dass er selbstbewusst seine Meinung vertritt und ein klares Wertesystem hat. Im Zentrum steht dabei für mich das christliche Menschenbild mit seiner Überzeugung von der gottgegebenen Würde jedes Menschen und damit verbunden der Aufruf zur Nächstenliebe und zum friedlichen Umgang miteinander. Ich wünsche mir, dass er später als gestärkte Persönlichkeit jeder Hetze entschieden entgegentritt, ob in der digitalen oder in der analogen Welt.

Medien: Brandbeschleuniger und Auftrittsplattform für rechtes Gedankengut?

Manch einer mag sich die Frage stellen, weswegen besonders jetzt, in Zeiten eines großen Zuspruchs rechtspopulistischer Parteien, Soziale Medien und das Internet eine große Rolle spielen und welche Auswirkungen doch mit diesem neuen Zweig der Meinungsäußerung einhergehen.

Es steht außer Frage, dass das Internet einem das Gefühl gibt, man sei nicht alleine, es gäbe Bürger, die genau die gleichen Ansichten hätten und dahingehend sei man auch als Gemeinschaft, die die gleichen Interessen vertritt, mächtiger. Und genau mit diesem Gefühl der Gemeinschaft und auch Reichweite, die man als Verbreitung seiner Meinung nutzen kann, betreiben rechtspopulistische Parteien, wie die AfD, der Front National oder die Partij voor de Vrijheid eine Art der Propaganda, welche auf Hass, Hetze und Lügen beruht.

Aber inwiefern dient hierbei das Internet vielleicht schon als „Brandbeschleuniger“, wie es der Justizminister Heiko Maas nannte?

In den folgenden Abschnitten dieser Ausarbeitung thematisieren und analysieren wir die Vorgehensweisen und das Auftreten der oben genannten deutschen Partei, der AfD, aufgeteilt in die drei großen Social Media Plattformen: Twitter, Facebook und Instagram.

Twitter ist eine Plattform, die sowohl von Privatpersonen als Unterhaltungs- und Informationsbeschaffungsmedium, als auch von Firmen für Werbezwecke oder Parteien für Parteiwerbung genutzt wird. Abgesehen von Posts, die von Parteien veröffentlicht werden, um Aspekte des Parteiprogramms darzulegen und somit auch Sympathisanten für eine Partei zu gewinnen, gibt es auch anderer Parteien, welche neben der Wahlwerbung in den Tweets versuchen die Nutzer in gewissem Maße zu hetzen. Um diese Tatsache festzustellen, muss man sich lediglich einige Tweets von AfD-Mitgliedern, wie Alice Weidel, Jörg Meuthen oder Beatrix von Storch ansehen und die Reaktionen in den Kommentaren verfolgen, um zu erkennen, dass mit diesen oftmals xenophoben Aussagen Bürger, die wahrscheinlich schon patriotische Gedankenzüge haben, nur noch wütender und gehetzter werden, sodass man dann des Öfteren Kommentare, wie man solle doch Flüchtlinge „ins Gas“ schicken oder lächerliche Aussagen, wie „Die Islamisierung in ihrem Lauf, hält nur noch die AfD noch auf!“ liest, die erneut Ängste bei Teilen der Bevölkerung schüren. Auch sogenannte „Filterbubbles“ verzerren das Meinungsbild des Users, indem dieser aufgrund sämtlicher Logarithmen permanent Thematiken zu seinen Ansichten und einseitige Informationen erhält. Dann steckt man in einer Filterbubble.

Des Weiteren ist Instagram eine Plattform, die zur Unterhaltung von Privatpersonen dienen soll. Die Instagram-User erstellen ihre individuelle Seite und teilen Bilder und Videos aus ihrem Leben. Allerdings dient Instagram auch dazu, seine Meinung im Internet preiszugeben. Dies wird sowohl für positive Dinge genutzt, wie zum Beispiel seine Solidarität den Opfern von Terroranschlägen zu offenbaren, aber auch vor allem um seinem Ärger Luft zu machen. Es befinden sich immer mehr und mehr rechtspopulistische User auf der Plattform und kommunizieren meist über Hashtags, sodass sie Gleichgesinnte schneller und leichter finden. Dabei dient Instagram nur als Auftrittsplattform für rechtes Gedankengut und es ist sehr schwer, aufgrund der zahlreichen rechtspopulistischen Posts, diese zu entfernen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Internetplattform Instagram zur Unterhaltung dient, allerdings ist auch sie wie Facebook und Twitter Brandbeschleuniger und kann durchaus manipulativ und gefährlich sein im heutigen Zeitalter.

Auch Facebook kann des Öfteren zur Propaganda im Netz genutzt werden, indem gekaufte Werbung, welche beispielsweise von der AfD ist, großen Anklang findet und sich diese somit schneller verbreitet. Bei Betrachtung der Follower und Likes lässt sich zweifellos feststellen, dass sie AfD einige Tausend mehr an Unterstützern hat (Facebook: ca. 380.000 „Gefällt mir“). Auch durch den Facebook- „Logarithmus“ finden sich oft gleich Denkende, was bei Meinungsäußerung dieser zu einem verzerrten Bild der Realität führt. Außerdem werden Hass-Kommentare und „Lügenpresse“ erst nach einem großen Zeitraum gelöscht oder blockiert, was bedeutet, dass rechtsorientierte Propaganda sich viel zu lange verbreiten kann. Des Weiteren nutzt Facebook Browserdaten zur Auswahl der geschalteten Werbung, sodass Menschen, die sich mit dem Thema befassen oder gar rechtsorientiert sind, auch ähnliche Beiträge auf ihrem Profil erhalten. Es lässt sich auch feststellen, dass Fake-Profilen oft für Hetze und Propaganda genutzt werden. Dienen soziale Medien also als Brandbeschleuniger und Auftrittsplattform für rechtes Gedankengut?

Ja, soziale Medien dienen als Auftrittsplattform für rechtes Gedankengut.

Wir persönlich sind der Meinung, dass die Meinungsfreiheit, welche jeder deutsche Bürger besitzt, von unserer Verfassung, dem Grundgesetz garantiert wird und für Ewigkeiten garantiert werden muss. Demokratie lebt von der Debatte. In eben jenen, oben genannten Plattformen, wird debattiert und es werden Meinungen ausgetauscht und vertreten, denen wir, große Teile der Jugend nicht immer zustimmen würden. Und genau dies ist auch legitim in einem Staat, in dem Meinungspluralismus essenziell ist und unsere Verfassung uns diese Freiheit bietet.

Dennoch gibt es Grenzen des Legitimierten und Erlaubten. Wenn Propaganda und Hetze betrieben, Hass und Lügen verbreitet und Ängste geschürt werden, sodass die Meinungsäußerung nur zum Mittel dieser Zwecke genutzt wird und nachweislich verfassungswidrig agiert wird. Dann muss man klar differenzieren, wo die Meinungsfreiheit aufhört und die Straftat der Beleidigung, Nötigung oder Volksverhetzung anfängt, sodass soziale Medien nicht zum Brandbeschleuniger der schon sowieso stark befürworteten Rechten werden.

Karikatur



Foto ©: NelCartoons/Redaktion

Impressum

Der Anker
Schülerzeitung des
Geschwister-Scholl-Gymnasium
67061 Ludwigshafen

Redaktion:

Carolin Schwarzer
Alen Salic
Julia Westermann
Sebastian Tufan
Iadh Ben Othman
Franca Pirschl
Cindy Sula
Simon Deckwert
Dustin Schmidt
Niklas Schäfer
Luis Wenzel
Jonas Fitz
Georgios Ganetsios
Aynur Metin

Betreuende Lehrkraft:

Christopher Schappert

